

Einzelpreis 140 Mark.

In Loda ohne Zustellung monatlich 2800 M., mit Zustellung ins Haus wöchentlich 800 M., und monatlich 3200 M., durch die Post bezogen monatlich in Polen 3200 M.

Anzeigenpreise:
Die 7-spaltige Nonpareilzeile 200 Mark.
Reklamen die 4-spaltige Nonpareilzeile: 800 M., Eingekauft im lokalen Teile 1000 M. für die Korpuszeile; für das Ausland 50% Zuschlag; für die erste Seite werden keine Anzeigen angenommen. — Honorare werden nur nach vorheriger Vereinbarung gezahlt. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Freie Presse

Vorbereitete deutsche Tageszeitung in Polen.

Erkennnt mit Ausnahme der nach Sonntagen folgenden Tage: täglich früh.
Schriftleitung und Geschäftsstelle
Petrikauer Straße 86, Tel. 6-86
Postfachkonto 60889.
Bei Betriebsstörung durch höhere Gewalt Arbeitseinstellung oder Auslieferung hat der Besteller seinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Eigene Vertretungen in:
Alexandria, Bialystok, Chelm, Kalisz, Kolo, Konstantinopel, Lwow, Lublanc, Posen, Sosnowice, Tomaszow, Turek, Wloclawek, Zamosc, Zolow, Zyrardow, Zyrardow, Zyrardow.

Nr. 266

Sonabend, den 11. November 1922

5. Jahrgang.

16! Deutscher Mann und deutsche Frau! Wir wählen Nr. 16!

Am Sonntag mußt Du wieder wählen!

Die Deutschen im neuen Sejm.

Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen künftigen die völkischen Minderheiten im Sejm 87 Mandate erhalten — ein Ergebnis, das angesichts der ungeheuerlichen Wahlordnung unsere künftigen Erwartungen übertrifft. Von den neuen Minderheitsabgeordneten sind nur etwa 65 Mitglieder des Minderheitenblocks, während sich die Polonisten und die wenigen Ukrainer Ostgaliziens (die überwältigende Mehrheit der ostgalizischen Ukrainer hat sich aus politischen Gründen von der Wahl ferngehalten) dem Block erst nach der Wahl anschließen dürften. Die slowakische Fraktion im zweiten Warschauer Sejm, die es bisher überhaupt nicht gab, wird etwa 31 Abgeordnete zählen, die jüdische Fraktion hat ihre Mandatsziffer schon jetzt von 11 auf über 30 erhöht, während wir Deutschen mit etwa 16 Abgeordneten zu rechnen haben, also unsere bisherige Mandatszahl glatt verdoppeln konnten und damit Fraktionsstärke erhalten.

Von diesen deutschen Mandaten entfallen:

- auf Kongresspolen 4
- auf Pommerellen 1
- auf Posen 2-3
- auf Oberschlesien 5
- auf Wolhynien 1
- auf die Staatsliste 2-3.

In Kongresspolen hat die Stadt Lodz den Kandidaten der deutschen (sozialistischen) Arbeitspartei, Stad. jur. Wlodek Krawiec, durchgebracht, der Landkreis Lodz den Lodzer Stad. verordneten und Lehrer August Ulla. Der bisherige Sejmabgeordnete und Hansbesserer Josef Spickermann-Lodz ist im Wahlkreis Konin gewählt, während der Wahlkreis Wloclawek einen deutschen Kandidaten, den Lehrer Jakob Karau-Wloclawek in das Parlament entsendet.

In Pommerellen wurde nur der bisherige Sejmabgeordnete Schulrat Daczko im Wahlbezirk Graudenz gewählt. Thron und Dirschau haben leider keines ihrer bisherigen Mandate behaupten können.

In der Woiwodschaft Posen hat vor allem der Neugau sich vorzüglich gehalten. Seine Wahlbezirke hatten die stärkste deutsche Wahlbeteiligung im ganzen Reich. Das zweite Bromberger Mandat (Redakteur Rautray) ist durch die Waffierung der Stimmen des Reichsblocks verloren gegangen. In Bromberg wurde der Hauptgeschäftsführer des Deutschtumsbundes, Oberplantant a. D. Graebe-Bromberg, gewählt; ebenso der Vorsitzende des Zentralvereins der deutschen Verbände in Polen, Landrat a. D. Naumann-Groß-Schönberg, Kreis Schubin, im Wahlbezirk Samter-Gzatkow-Kolmar. Endlich ist — wir berufen uns dabei auf polnische Quellen — noch anzunehmen, daß der Spitzengaldisch im Wahlbezirk Gnesen, Rittergutsbesitzer von Wendorff-Mielno gewählt wurde.

In Oberschlesien hat das Deutschtum einen glänzenden Erfolg erzielt. Nach den bisherigen Ergebnissen können fünf Deutsche als gewählt gelten, und zwar: Gutbesitzer von Reichenstein-Wilgamsdorf, der Vorsitzende des deutschen Volksbundes für Oberschlesien, ferner Kaufmann Rossmel-Kattowitz, Gutsbesitzer Wloclaw-Szawelochowicz, Seminarlehrer Biesch-Bielitz. Der Name des fünften Kandidaten ist uns noch nicht bekannt.

Endlich wurde in Wolhynien, im Wahlbezirk Luck, der deutsche Direktor Otto Samichor aus Warzcha auf der Liste der Minderheitenblocks gewählt.

Von der Staatsliste des Minderheitenblocks dürften die Deutschen 3 Mandate erringen. Domherr Klink-Polen und Ingenieur Emil Berber-Lodz (Vorsitzender der Deutschen Arbeitspartei) stehen bestimmt in den Sejm ein. Die Wahl des Anführers Moritz-Jolawek, Kreis Kalin, ist noch nicht sicher.

Wir werden zu diesem von uns vermuteten Ergebnis noch eingehend Stellung nehmen, sobald das amtliche Resultat vorliegt.

Im ganzen betrachtet bedeutet der Ausgang der Wahlen — immer im Lichte der den Minderheitsparteien ungünstigen Wahlordnung gesehen — einen Sieg unserer gerechten deutschen Sache in der polnischen Republik.

Die „Gazeta Warszawska“ berechnet die Anzahl der Minderheitenmandate folgendermaßen:

Die Fremdstämmigen werden im Sejm 89 Abgeordnete haben, darunter 38 Juden, 24 Ukrainer, 16 Deutsche, 10 Weißrussen und 1 Russe.

Der Zeitpunkt für die Neuwahl des Staatsschefs.

Der Termin für den Zusammentritt der Nationalversammlung, die die Wahl des Präsidenten der Polnischen Republik vornehmen wird, konnte noch nicht festgestellt werden. Es ist dies davon abhängig, wann der Sejm und der Senat sich konstituieren werden, da die Nationalversammlung erst 7 Tage nach dem Zusammentritt der gesetzgebenden Körperschaften zusammentreten können. Die erste Sitzung findet am 28. November statt, doch darf die Konstituierung der gesetzgebenden Kammer in der ersten Sitzung nicht erwartet werden; sie wird vielmehr wahrscheinlich auf der zweiten Sitzung erfolgen. Aus diesem Grunde kann angenommen werden, daß der Zusammentritt der Nationalversammlung nicht früher als Mitte Dezember stattfinden wird.

Schaffung eines Amtes für Minderheitsfragen in Oberschlesien.

Das Genfer Abkommen sieht sowohl für den deutschen wie den polnischen Teil Oberschlesiens die Schaffung eines Amtes für Minderheitsfragen vor. Nunmehr hat der Warschauer Ministerrat eine Verfügung erlassen, die sich auf die Bildung eines solchen Amtes in Polnisch-Oberschlesien bezieht.

Dieses Amt wird dem Innenminister unterstellt sein und zur Aufgabe haben, Wünsche von Angehörigen der deutschen Volksminderheit Oberschlesiens entgegenzunehmen, die eine gehörige Einhaltung der sich auf die Minderheitenrechte beziehenden Vorschriften des Genfer Abkommens

bezwecken. Diese Gesuche wird das Amt dem Präsidenten der gemischten Kommission zur Meinungsäußerung überreichen. In seinem Gutachten kann der Präsident angeben, auf welche Weise das betreffende Gesuch durch die polnischen Verwaltungsbehörden erledigt werden mußte. Gegen die Maßnahmen der polnischen Verwaltungsbehörden steht den einzelnen Parteien das Recht zu beim Völkerrund zu appellieren.

Die Minderheitenschulen in Deutsch-Oberschlesien.

Nur zu oft hören wir durch die Zeitungen, daß die Einrichtung von Minderheitenschulen in Polnisch-Oberschlesien Schwierigkeiten aller Art begegnet. Wie steht es nun mit den Minderheitenschulen in Deutsch-Oberschlesien? Obgleich die Regierung in Oppeln zur Stellung von Anträgen auf Errichtung von Minderheitenschulen aufgefordert und sehr leicht zu befolgende Bestimmungen hierüber erlassen hat, sind solche bisher noch nicht gestellt worden. Trotzdem erhalten in Deutsch-Oberschlesien 6466 Kinder in 219 Schulen wahlfreien polnischen Unterricht. Auch der Religionsunterricht wird wahlfrei in polnischer Sprache erteilt. Dieser Unterricht gründet sich jedoch nicht auf das Genfer Abkommen, sondern auf die früheren preussischen Vorschriften. Alle polnisch sprechenden Schüler werden in Deutsch-Oberschlesien zurückgehalten, während die einsprachigen auf die Minderheitsliste kommen. Das hat den Zweck, den Bedarf an Lehrkräften für die zu errichtenden Minderheitenschulen zu decken. Bemerkenswert ist noch, daß der polnische Sprachunterricht sogar in ganz kleinen Abteilungen von 4-5 Kindern, wie z. B. in Wilsch, erteilt wird, woraus zu ersehen ist, daß seitens der preussischen Regierung alles getan wird, was im Bereiche der Möglichkeit liegt, um die Wünsche der zweisprachigen Bevölkerung restlos zu erfüllen.

Die Kleine Entente vor dem Zerfall?

Die „Wiadomosci Krakowskie“ berichten aus Warschau, daß laut diplomatischen Nachrichten aus Belgrad im Schoße der Kleinen Entente durch die Orient- und eine Reihe anderer Fragen eine Krise ausgebrochen sei. Wenn die Kleine Entente weiter bestehen soll, müssen diese Konflikte möglichst rasch beigelegt werden. In Belgrad hat die Annäherung der Tschechoslowakei an Italien große Unruhe hervorgerufen. In politischen Kreisen rechnet man mit einem Zerfall der Kleinen Entente.

Vertagung der Jaworzyna-Frage.

Warschau, 10. November. In der Jaworzyna-Frage wird nach kleinen Informationen vom polnischen Volksschatzrat beabsichtigt, die Entscheidung bis zum Frühjahr zu verschieben und einer tschechischen Rabinetskrise vorzubeugen, da das Gelingen der juristischen Kommission eine Kompromißlösung empfahl, die für Tschechien ungünstig ausfallen würde.

Französische Zeitungen gegen Polen.

Der „Rapport“ macht darauf aufmerksam, daß die radikale französische Presse in der ostgalizischen Frage scharf Stellung gegen Polen nimmt. Das Blatt „Le Rappel“ fordert in einem längeren Artikel auf die Nachricht von der Ermordung des Redakteurs Zwiernicki die endgültige Vertreibung Ostgaliziens vom polnischen Druck und erinnert daran, daß die Oberhoheit über Ostgalizien dem Obersten Rat zustehe. Das Blatt fordert die französische Regierung auf, obige Angelegenheit in die Hände zu nehmen und sprich sich für die Bildung eines ukrainischen Staates aus und verspricht den Schutz der polnischen Minderheiten in diesem Lande.

Rußland wird nach Ansicht des Blattes sich niemals mit dem Verbleib Ostgaliziens bei Polen einverstanden erklären, die im Besitz dieses Landes niemals aufstehen würden, imperialistische Pläne bis an das Schwarze Meer zu schmieden. Derartige Artikel enthält dieses Blatt allseitig und eine wirksame Gegenpropaganda von polnischer Seite ist unbedingt erforderlich.

Rauscher nimmt an den deutsch-polnischen Verhandlungen teil.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher, ist zur Teilnahme an den deutsch-polnischen Verhandlungen nach Dresden berufen. Da auch Herr v. Stöckhammer sich dieser Verhandlungen wegen in Dresden aufhält, sind auch die litauisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen nach dort verlegt worden.

Die Slowakei soll Monarchie werden.

Die „Wiadomosci Krakowskie“ machen darauf aufmerksam, daß die tschechische Zeitung „Ceske Slovo“ mitteilt, daß in der Tschechoslowakei große Beunruhigung über die Gerüchte herrscht, die aus diplomatischen Kreisen stammen und dahingehend lauten, daß Ungarn, Polen und Italien sich über ein gemeinsames Vorgehen in der Frage der Slowakei verständigt haben. Nach diesen Plänen soll die Slowakei zu einer selbständigen Monarchie mit einem italienischen Fürsten an der Spitze erhoben werden.

Ein neuer englischer Botschafter für Paris.

Paris, 10. Nov. (Z. U.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus London wird zum englischen Botschafter in Paris Sir William Tyrrell ernannt werden. Diese Ernennung bedeutet eine Annäherung an die französische Politik.

Geplante Flottendemonstration vor Konstantinopel.

Entente- und Rumpfbündnisse der Kemalisten. — Englische Pressestimmen zur Lage.

Paris, 10. November. Die letzten Ereignisse im Nahen Osten haben zu einem lebhaften Meinungsaustausch zwischen den Regierungen von London, Paris und Rom geführt. Wie in den Kreisen, die den Quai d'Orsay nahe stehen, verläutet, geht aus den Notizen der englischen Regierung hervor, daß sie durchaus nicht von den Türken zurückweichen, sondern alles anstreben wird, um die Autorität der europäischen Mächte im Orient zu wahren. Sie hat daher vorgeschlagen, neuerdings eine gemeinschaftliche Flottendemonstration in den Meerengen vorzunehmen, um die türkischen Nationalisten einzuschüchtern. Zu französischen Kreisen scheint man mit dem Plan, Kriegsschiffe zu entsenden, einverstanden zu sein. Dagegen wird im Pariser Auswärtigen Amt erklärt, daß es nicht möglich sei, weitere Truppenkontingente nach dem Orient zu bringen, da das dort befindliche Militär stark genug sei, um Ausschreitungen gegen alliierte Staatsangehörige entgegenzutreten. Den neuesten Nachrichten zufolge gewinnt die nationalpolitische Bewegung immer mehr an Ausdehnung.

London, 10. November. (Z. U.) Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, greifen dort die Unruhen, Zwischenfälle und Randgebungen gegen die Alliierten immer mehr um sich. Die Kemalisten verhöhnen die Verbündeten und suchen die Tätigkeit der Oberkommissare zu stören. In den Zollbüros beschlagnahmten sie die Botschaften und verboten die Einfuhr von Luxusartikeln. Ferner haben sie die verbündeten Gerichtshöfe und die Kontrollkommission aufgehoben und die Beamten der Schuldenverwaltung entlassen. In einer Postverwaltung versuchten sie die Postsendungen zu beschlagnahmen, konnten aber durch das Eingreifen italienischen Militärs daran gehindert werden.

Leeds, 10. November. (Bat.) In der englischen Presse wird die Lage im Nahen Osten weiterhin lebhaft besprochen. „Times“ erklärt, daß, wenn die Türken unter Anwendung derartiger Mittel, wie sie sie in den letzten Tagen in Konstantinopel gebrauchten, einen Einmarsch nach Europa beabsichtigen sollten, dies eine Verletzung aller Verträge und Abmachungen sowie aller menschlichen und wirtschaftlichen Pflichten bedeuten würde. Die Alliierten würden gezwungen sein, den Türken im Interesse des europäischen Friedens mit allen Mitteln entgegenzutreten. Das Blatt gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es durch eine enge Zusammenarbeit der Verbündeten möglich sein werde, die Katastrophe zu vermeiden. „The Times“ schreibt: Was die türkischen Ansichten betrifft, so kann kaum angenommen werden, daß sie ausschließlich an die Adresse Englands gerichtet sind. Wir sind davon überzeugt, daß die Türken uns gegenüber ausdrücklich erklären werden, daß sie bereit sind, die Bedingungen der Mudanya-Konferenz einzuhalten. Es steht außer Frage, daß eine einheitliche Entscheidung der Verbündeten es vermag, der drohenden Krise ein Ziel zu setzen.

Ein Versöhnungsversuch des Großwesirs.

Konstantinopel, 10. November. (Z. U.) Der Großwesir hat ein Telegramm an die Nationalversammlung von Angora geschickt, um einen letzten Versuch zur Versöhnung zu unternehmen.

Angora, 10. November. (Bat.) Ismed Pascha erklärte in der Nationalversammlung, daß die Angora-Regierung es auf keinen Fall zulassen werde, daß Vertreter der hohen Pforte an der Friedenskonferenz teilnehmen.

Dr. von Knilling zum bayerischen Ministerpräsidenten gewählt.

München, 9. November. (Z. U.) Der Landtag nahm gestern nachmittag, um 1/5 Uhr, die Wahl des neuen Ministerpräsidenten vor. Abgegeben wurden 143 Stimmen. 86 lauteten auf den Abgeordneten Dr. von Knilling, 54 wa-

ren unbeschrieben, 8 Stimmen waren perspektiviert und lauteten auf Dr. Heim, Dr. Zahnbrücker und Hiltner. Dr. von Kallling war somit zum Ministerpräsidenten gewählt.

Berlin, 10. November. (Nat.) Der neue bayerische Ministerpräsident Dr. von Kallling legte gestern im bayerischen Reichstage sein Programm dar, in dem er erklärte, daß er eine Verringerung der Kriegslasten anstreben und bemüht sein werde, die Wägen, nach denen Deutschland für den Ausbruch des Krieges verantwortlich sei, zu beschaffen. Gleichzeitig werde er eine Verhärtung der verbündeten Besatzungstruppen in der Pfalz zu verhindern suchen. Sodann kam von Kallling auf die Tendenzen der bayerischen Nationalisten zu sprechen, die eine Erweiterung der Unabhängigkeit Bayerns, dieses größten der deutschen Bundesstaaten, anstrebten. Er erklärte, daß Bayern sein eigenes Staatsoberhaupt haben müsse. Seine Rede klang ausnahmslos in den Worten: „Ein starkes Bayern in einem starken Bundesstaate“.

Vor der Präsidentenwahl in Lettland.

Riga, 10. November. (Nat.) Die Wahl des Präsidenten der lettischen Republik wird am Dienstag stattfinden. Sie in den Landtag eingebrachte Projekt bestimmt als Kandidat für den Präsidenten den Rigener Schloß und sehr ihm eine Apanage von 125 000 Rubeln monatlich aus.

Lokales.

Łódź, den 11. November 1922.

Die Senatswahlen.

Das Deutsche Zentralwahlkomitee hat nachstehenden Aufruf erlassen:

Deutsche Wähler und Wählerinnen!

In letzter Stunde versucht man Euch irre zu führen. Unsere Feinde können es nicht verschmerzen, daß der Minderheitenblock einen so planmäßigen Sieg errungen hat und uns eine so machtvolle Stimmvertretung gegeben hat. Mit Schrecken sehen es alle die Chauvinisten und Renegaten unseres eigenen Blutes, daß wir endlich zu unserem Rechte gelangen sollen. Man versucht daher in letzter Stunde unsere geschlossenen Reihen zu durchbrechen. Unsere Feinde wissen es ganz genau, daß kein Deutscher seine Stimme für die Liste 8, die Liste unserer Feinde, abgeben wird. Daher hat man eine andere Liste geschaffen, mit deren Hilfe man die deutschen Stimmen zu zerstückeln beabsichtigt. Man preist Euch die Liste 14 an, die angeblich die Bedürfnisse der Łódzener Industrie vertreten soll. Auf dieser Liste befindet sich der Name des Łódzener Großindustriellen Herrn Heinrich Grohmann. Mit diesem Namen will man Eure Stimmen fangen.

Deutsche Wähler und Wählerinnen! Wenn Ihr offene Augen habt, so müßt Ihr auf den ersten Blick erkennen, daß die Liste 14 nur den einen Zweck verfolgt, unsere Front zu schwächen. Die Senatswahlen am vergangenen Sonntag haben es uns deutlich gezeigt, daß die Liste 14 nicht den Bedürfnissen unserer Einwohner entspricht. Diese Liste hatte eine so lächerlich geringe Stimmzahl aufzuweisen, daß es ein Wunder wäre, wenn sie den Senat durchzuführen könnte. Für die Durchsicht eines Senators ist eine große Stimmzahl in der ganzen Wojewodschaft Łódź notwendig. Diese wird die Liste 14 nie und nimmer aufbringen können. Die Stimmen, die für diese Liste abgegeben werden, gehen vollständig verloren. Das wissen die Vertreter dieser Liste ganz genau. Euch aber wollen sie belügen, um durch Eure Stimmfälschung unsere Einheit zu schwächen.

Deutsche Wähler und Wählerinnen! Gerabe die Liste 16 vertritt die Bedürfnisse unserer Liste! Der Spitzenkandidat, Herr Karl Stübli, ist ein

Industrieller unserer Stadt und ein in allen Kreisen gut bekannter deutscher Mann. Die Liste 14 dagegen enthält nur Polen oder deutsche Renegaten. Wenn Ihr für diese Leute Eure Stimmen abgeben werdet, so beweist Ihr damit, daß Ihr selbst Feinde und Verräter Eures Volksstums seid. Laßt Euch daher durch nichts täuschen und wählt am 12. November alle die Liste 16.

Heute, um 5 Uhr nachmittags, findet im Lokale des Generalsekretariats, Rozwadowskistr. 17, eine Informations-Sitzung der Vertrauensmänner für die Senatswahlen statt. Die Vertrauensmänner der Vertrauensmänner können auch im Laufe des heutigen Tages im Generalsekretariat in Empfang genommen werden.

Heute, um 7 Uhr abends, findet in der Rozwadowskistr. 17 eine Sitzung der Vertrauensmänner der Deutschen Arbeitspartei Polens statt.

Heute, um 6 Uhr nachmittags, findet im Reger im Saale der Gebrauchs-Güter, Dombrowskistr. 9, eine deutsch-jüdische Wahlversammlung statt. Von deutscher Seite werden die Herren Karl Stübli und Otto Graf an der Versammlung teilnehmen.

Heute, um 6 Uhr nachmittags, findet im Alexander im Saale der Gebrauchs-Güter, Dombrowskistr. 9, eine deutsch-jüdische Wahlversammlung statt. Von deutscher Seite wird Herr Sejmabgeordneter August Ulla als Redner auftreten.

Stimmzettel mit der Nr. 16 können täglich im Generalsekretariat, Rozwadowskistr. 17, in der „Łódzker Freien Presse“, Redaktionsstr. 86, in der „Neuen Łódzker Zeitung“, Redaktionsstr. 15, in der „Deutschen Selbsthilfe“, Rawolstr. 30, und in der Filiale derselben in der Andzejstr. abgeholt werden.

Am Donnerstag, den 9. d. M., fand eine gemeinsame Wahlversammlung in Łódź statt, an der aus Łódź Herr Sejmabgeordneter Spidemann teilnahm. Um 8 Uhr abends wurde die Versammlung durch Herrn Rechtsanwalt Dr. H. H. H. eröffnet. Als erster Redner wurde Herr Sejmabgeordneter Spidemann das Wort erteilt. Herr Spidemann, der zuerst in deutscher Sprache redete, wurde von den deutschen und jüdischen Wählern lebhaft begrüßt. Gleich darauf erklärte er, daß die deutsche Feindschaft ein Hindernis in dem deutsch-jüdischen Zusammenleben sei. „Po polsku mówię, tu nie jest Berlin!“ Nachdem sich der Herr etwas geleckt hatte, erklärte Herr Spidemann, er sei zu seinen Wählern gekommen, zu denen er in der Mutter Sprache sprechen werde. Da er aber bemerkte, daß sich auch sehr viel polnische Bürger im Saale befanden, wurde er noch polnisch sprechen und bemerkte, er sei Gast in Łódź. Man möge das Gerede wahrnehmen und ihn an der Ausübung seines Referats nicht hindern. Der Stimmzettel der Chjuna und der A. P. A. wurde aber nicht und lang.

Nun ergriff der Vorsitzende Herr Rechtsanwalt Dr. H. H. H. das Wort und machte auf das ungebührliche und ungehörliche Verhalten der Handlungswaise der Minderheiten aufmerksam und sagte, daß aus den Störern die Wut ob des Erfolges der der Minderheitenblock bei den Wahlen errungen habe. Er sprach die ganze oder teilweise Ausrede aus, die die Minderheiten an die jüdischen und deutschen Wähler aus, eingedenk dieses Erfolges geschlossen zur Wahl zu gehen und für den Senat die Liste 16 zu wählen. Hiermit wurde folgende Resolution eingebracht und von den anwesenden Deutschen und Juden angenommen:

Wir verurteilen aufs Schärfste das böswillige Verhalten der Demonstranten und sprechen Herrn Abgeordneten Spidemann das Vertrauen und unsere Hochachtung aus. Durch Handlungen wurde einstimmig beschlossen, am Sonntag für die Liste 16 zu stimmen. Die Deutschen und Juden

„Demat“ macht eine mündliche Automobil-Versteigerung

bekannt, die in Łódź, den 14. November d. J. um 10 Uhr im Lokal **Exposition, Emilienstraße 10** stattfindet. Näheres auf den Plakaten in Łódź.

5194

verließen darauf den Feuerwehrsaal. Ein großer Teil der jüdischen Wähler begab sich nach dem jüdischen Bezirkslokal „Mieros“. Hier hatte Herr Abgeordneter Spidemann die Möglichkeit, sein Referat zu Ende zu halten, welches mit Beifall und Begeisterung aufgenommen wurde. Reicher Beifall lohnte dem Redner für die Ausführungen. Einstimmig wurde beschlossen, nur für die Liste 16 zu stimmen. Die Anwesenden gaben ein heiliges Versprechen, auch den nächsten Wahltag zu führen. Nachdem noch mehrere Herren gesprochen hatten, wurde die Sitzung geschlossen.

In der Zeit vom 29. Oktober bis 5. November bereiste Herr Otto Graf, mit Herrn S. Roth aus Drezwał die deutschen Niederlagen und Dispositionen des Wahlkreises 11 (Łódź, Ratow, Górzyn, Górzyn, Górzyn). Größere Versammlungen fanden in den Orten Łódź, Dobryń, Łódź, Górzyn, Górzyn und Górzyn statt, wo Herr Graf längere Ansprachen hielt und den Wählern erklärte, daß die deutsche Feindschaft ein Hindernis in dem deutsch-jüdischen Zusammenleben sei. Die deutschen Bürger dieser Wahlkreise erklärten, daß sie bereit seien, auf einen solchen Versuch und nahmen die Ansprachen mit treuer Aufmerksamkeit auf. Opponenten fanden sich nirgends; dagegen verlangten aber mehrere Wähler dieser Kreise genaue Aufklärungen über die Liste Nr. 10, die ihnen meistens vom Ortsparlament zur Wahl empfohlen wurde. Auch Flugblätter und Stimmzettel der Liste Nr. 10 sind in den evangelischen Kirchen verteilt worden. Nachdem Herr Graf eine ausführliche Erklärung in dieser Richtung gegeben hatte, versprochen alle Zuhörer wie ein Mann nur für die Liste 16 zu stimmen. Entsprechende Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Zur Ehre dieser braven Stammsoldaten muß hervorgehoben werden, daß gerade die Bewohner der Wahlkreise in ihrer alten deutschen Art, Sitten und Gebräuche in Kirche, Schule und Haus beibehalten, sowie ihre alte plattdeutsche Muttersprache nicht vergessen haben und sie verstanden, daß es gut verstanden werden. Sie sind es gewesen, die aus der vor Jahren sehr abgemagerten Weichseliederung, aus welcher alle früheren Bewohner: bei Nacht und Nebel flohen, ein Stückchen Kulturerschaffen, das heute mit dem Stolz der Republik Polen gehört. Deutscher Fleiß, deutsche Arbeit und deutsche Treue waren es, die der Weichseliederung zu solcher Blüte verholfen. Ganz besonders verdient gemacht für unsere gerechte Sache haben sich die Herren: Gustav Reitzig-Dobryń, Edward Reitzig-Dobryń, Dobryń, Roda-Waggenin, Adolf Plez-Waggenin, Ludwig Nag-Dobryń, Wilhelm Braum-Graz-Dobryń und Bleich-Deutsche-Siedler, welche auch zu Vertrauensmännern unseres Minderheitenblocks gewählt wurden. Die blühenden Sammlungen der genannten Herren für das Deutsche Zentralwahlkomitee belaufen sich auf etwa 1 Million Mark.

Wie zu erwarten war, hat der Minderheitenblock im Łódzker Wahlbezirk ein Mandat errungen. Im Łódzker Wahlbezirk wurde Herr Reitzig-Dobryń Nr. 16 immer hinter der Nr. 8, nur im Łódzker Wahlbezirk blieb sie zurück, nahm am Schluß die 4. Stelle ein. Das kommt daher, daß in diesem Kreise verschiedene Deutsche für die Liste 3 ihre Stimmen abgaben. Es verbleibt sie dazu ein Unterführer, der aus Łódź, weil er nicht als Sejmabgeordneter angelegt wurde, tat.

In solchen Fällen muß aber die persönliche Ehrgeiz vor dem Gemeinwohl zurücktreten! Trotzdem war das Resultat bei uns für die „Chjuna“ überraschend. Da sie gar nicht gehört hatte, daß unter den Deutschen für Nr. 16 Propaganda betrieben wurde. Natürlich wurde kein großer Stimm gemacht, aber gründlich gearbeitet, fast jedes Dorf wurde besucht und den Leuten ans Herz gelegt, nur für unsere Liste ihre Stimmen abzugeben. Ganz besonderer Dank gilt den Unterführern, den Vertrauensmännern! Ohne deren Hilfe wäre die Sache kaum gelungen. Die Deutschen kamen denn auch wie ein Mann zur Wahlurne, nur wenige blieben fort. In manchen ländlichen Stimmbezirken überstieg die Nr. 16 die Zahl der Nr. 8, obgleich die polnische Bevölkerung dort bei weitem größer ist als die deutsche. Allen voran schritt der Kreis Bpno mit etwa 7500 Stimmen, dann folgte der Kreis Łódź mit rund 6800 und zuletzt Nieszawa mit über 5000 Stimmen; im ganzen wurden in diesen drei Kreisen für Nr. 16 19 009 Stimmen abgegeben, für Nr. 2 — 20 628, für Nr. 8 — 20 005 und für Nr. 8 — 49 687, für Nr. 12 — 5705 die anderen Listen erhielten nur wenig Stimmen. Demgemäß erhält Nr. 8 — 2 Mandate, Nr. 2 — 1 Mandat, Nr. 3 — 1 Mandat und Nr. 16 — 1 Mandat. Wie gesagt, wir hätten allseits abgesehen können, wenn es in unseren Reihen nicht noch so viele Unentschiedene, ja sogar Verräter gegeben hätte: trotz der ersten Mahnung, nachzugehen, ob sie in den Listen eingetragene, haben sie es nicht getan; trotz der eindringlichen Aufforderung, nur für Nr. 16 ihre Stimmen abzugeben, haben sie Nr. 2, 3 und sogar 8 gewählt. Der Deutsche will durchaus der Minder für andere Nationalitäten sein. Außerdem vertritt noch im letzten Augenblick Herr Sejmabgeordneter die Wähler des Łódzker Kreises mit der Liste Nr. 10. Die Wähler wurden aber noch rechtzeitig von Łódź aus über den Schwindel aufgeklärt. Es ist eine merkwürdige Sache: unser Generalinspektorat will von den deutschen Gemeinden nichts wissen, er läßt sich von Nationalisten als Kandidat aufstellen und läßt dann hinterher durch seine ihm ergebenden Personen unter den deutschen Wählern für die Propaganda machen. (Er hatte zu diesem Zweck die Pastoren nach Warschau kommen lassen; da aber zu wenig erschienen waren, an alle ein Rundschreiben geschickt, in dem sie zur Propaganda für ihn aufgefordert wurden). Nun ist dabei das Markwunder: für unsere Sache waren die Herren Pastoren nicht zu haben, sie konnten den Wählern nicht einmal raten, für welche Liste sie wählen sollten, die Kirche solle sich nicht in Politik mischen, aber da sie bei Generalinspektorat dazu aufgefordert wurden, sie es mit großem Eifer und bringen Bewunderung unter den feilschenden deutschen Wählern, wie im Kloster, Górzyn und anderen Wahlbezirken. Wenn haben sie nun gedient? Den Wählern aber dem Generalinspektorat? Weder den Wählern noch dem Generalinspektorat! Die Wähler haben zum Durchfallen des deutschen Kandidaten beigetragen, dem Generalinspektorat aber nicht geholfen, da die Liste Nr. 10 auf dem Bande gar nicht aufgeführt war, und überhaupt nicht einmal in Warschau aufgeführt hatte. Wer würde unsere Interessen im Sejm oder Senat vertreten? Doch nicht Generalinspektorat! Also ab von Nr. 10!

In der Łódzker „Deutschen Rundschau“ ist

„Warum wir mit einem Befehl wird so ein König binangeführt?“
Wären Könige heiliger,
so würden alle noch unbesiegt.

Deutsche.

Um das Erbe der Dremendis.

Roman aus der Gegenwart von F. Arnefeld.
(48. Fortsetzung.)

„Und mein Sohn? Wo ist er? Wird er nicht kommen, um uns Bericht zu erstatten?“ fragte Frau Ludowika.

„Der Herr Verwalter ist so erschöpft, daß er kaum mehr auf den Beinen stehen kann“, lautete die Antwort. „Er war überall als Erster voran beim Löschen. Jetzt ist er mit den Spritzenleuten nach dem Meierhof zurückgefahren, um sich erst mal ein wenig auszuschlafen.“

Frau Ludowika warf einen stolz triumphierenden Blick auf ihre Verwandten.

„Als Erster voran! Habt ihr es gehört?“ stand darin.

Baron David nickte beifällig lächelnd.

„Das wußte ich! Wo es gilt, Kraft und Tüchtigkeit zu beweisen, ist Valentin ja immer allen anderen voran. Aber nun wollen wir zu Bett gehen und suchen, noch ein paar Stunden Schlaf zu erhaschen. Gute Nacht!“

Als Frau Ludowika die Tür öffnete, blieb Melanie als letzte ein wenig zurück und flüsterte fragend: „Sie sehen so froh aus. Heute und morgen ist doch die gräßliche Verhandlung,

zu der Tante und ich Zeugenvorladungen erhalten. Hoffen Sie denn wirklich noch, bis dahin etwas Licht in dieses Dunkel bringen zu können?“

„Ja“, antwortete Sernau verständig. „Ich glaube, ich habe den wahren Mörder Ihres Bruders entdeckt. Seien Sie ganz unbeforgt.“ Eine Stunde später herrschte in allen Räumen des Schlosses tiefe Ruhe.

„Martin, ein Expressbrief für Sie!“ sagte das Stubenmädchen Fanny zu Sernau tretend, der am Fenster seiner Stube stand und ungeduldig auf den Fahrweg zum Meierhof hinabsah.

„So?“ Er wandte sich um, nahm den Brief in Empfang und schob ihn, als er Holys Schrift erkannte, gleichmütig in die Tasche. „Danke!“

„Na, sind Sie denn gar nicht neugierig? Sie tun ja, als bekämen Sie alle Tage Expressbriefe durch besondere Boten.“

„Ah, was wird's denn sein? Wahrscheinlich eine Rechnung, die ich noch nicht bezahlen konnte. Ich war doch eine Zeitlang stellungslos; da geriet ich ein bißchen in die Klemme.“

„So? Aber es kann doch auch was Angenehmes sein! Eine Erbschaft oder die Nachricht, daß Sie einen Haupttreffer gemacht haben.“

„Ausgeschlossen! Ich habe keine Erbtanten und spiele nie Lotterien.“

„Jetzt hätten Sie aber gerade schön Zeit, den Brief zu lesen, da der Doktor beim Herrn Baron ist. Oder hören Sie die Vielleichte?“

„Gar nicht. Aber der Arzt bleibt ja lange

beim Herrn Baron, und überhaupt habe ich wenig genug zu tun, seit der Herr Baron wieder fast gesund ist.“

„Ja, ja, Sie haben eigentlich den leichtesten Dienst von uns allen.“

Fanny blieb noch ein Weilchen stehen, als sie aber einsah, daß ihre Neugierde, was der Brief enthalte, keine Aussicht auf Befriedigung habe, entfernte sie sich mit einem ärgerlich gemurmelten: „Ach, der ist ja noch mürrischer und zugeknöpfter als es Pösch war!“

Kaum war sie fort, so eilte Sernau an die Tür und drehte den Schlüssel um. Jetzt zeigte sein Gesicht allerdings gespannte Neugier, als er den Brief aus der Tasche zog und hastig öffnete.

Und während er las, wurden seine Augen immer größer, seine Züge immer gespannter.

Felix Holty schrieb: „Ich beileide mich, Ihnen folgende überraschende Tatsachen mitzuteilen, damit Sie morgen zur Verhandlung unterrichtet sind. Vielleicht gelingt es Ihnen, noch in erster Stunde damit einen Anhaltspunkt für den Täter zu finden, obwohl ich es bezweifle.“

Als ich gestern gegen Abend von einem langen Besuch bei meinem Klienten Rehbach nach Hause kam, fand ich eine junge Dame meiner wartend. Sie war tief verschleiert und hatte ihren Namen niemand genannt. Als sie aber den Schleier zurückschlug, erkannte ich in ihr sofort

Andrea Dremendi, die unter dem Namen Jela Schmidt von hier verschwunden. Sie können sich meine sprachlose Verblüffung denken!

Nachdem wir uns beide ein wenig beruhigt hatten — denn auch sie war, Rehbachs wegen sehr bewegt — ging es natürlich an eine gründliche Aussprache. Davon will ich Ihnen für jetzt nur jene Tatsachen mitteilen, die für uns in Betracht kommen.

Also: Andrea verschwand aus Düsseldorf, wie Sie ganz richtig vermuteten, um ihren Cousin, an dem sie wie an einem Bruder hängt, zu retten.

Garpner, der sich zur Zeit des Diebstahls tatsächlich im anstehenden Schimmer befand, und, wie ich nun sicher glaube, das Geld selbst genommen hat, um alles folgende herbeizuführen, redete ihr ein, er habe Willy Losenstein an den Schreibtisch herantreten sehen, und sei überzeugt, daß er den Diebstahl des Tausendmarktscheines beging. Er drohte ihr mit Anzeige, da sein Gewissen ihn dazu zwinge. In ihrem Schreck, und auch in der Hoffnung, daß er dann von seiner Anzeige absehen werde, bekannte sie sich unbedachterweise lieber selbst zu dem Diebstahl, als daß die Existenz Willys vernichtet würde. Garpner gab sich den Anschein, ihr zu glauben, und ließ sich herbei, von einer Anzeige abzusehen, wenn sie als Sühne freiwillig von der Bildfläche verschwinde.

Darauf mußte er aus „Gewissenhaftigkeit“ gegen Frau Hartwig bestehen, mit der ein weiterer Verkehr unmöglich sei und der man andererseits sonst keine Erklärung geben könne für den jähen Abbruch aller Beziehungen. Fortsetzung folgt.

Wir einen Aufruf an die deutschen Wähler in Pommern, in dem es heißt:

Eure Liste der Senatskandidaten ist infolge eines angeblichen Formfehlers durch die Wahlkommission gestrichen worden. Ihr werdet also keine Möglichkeit haben, am 12. November eure Stimme für die Liste 16 abzugeben. Wollen wir nicht auf unser Stimmrecht verzichten? Nein! Denn die Stimme, die uns das Wahlrecht gegeben hat, ist ein Nachschuß, den man nicht ungeachtet lassen darf. Wir müssen versuchen, durch unsere Stimme das Bild des künftigen Senats in einem für uns günstigen Sinne umzugestalten. Welche anderen Listen kommen für unsere Unterstützung in Frage? Wir können nur eine Liste wählen, die durch unsere Stimme begünstigt wird, nämlich die Liste der drei Senatskandidaten für Pommern zu erringen. Das sind die Listen 8 (Schejbal) und 7 (H. B. H.). Für welche dieser Listen wollen wir uns entscheiden? Die Liste 8 ist die Liste der christlichen Parteien, des größten Teils der nationalen Minderheiten, der es sich vorgenommen hat, die Deutschen durch Entziehung und Drangsalierung aus dem Lande zu vertreiben. Hier steht der Feind! Ihn zu schädigen und ihn aus dem Lande abzuweisen, ist heute unsere wichtigste Aufgabe, ganz gleich, welcher anderen Partei wir einen Vorzug verschaffen. Es bleibt uns also nur übrig, was für die Unterstützung der Liste der Nationalen Arbeiterpartei zu entscheiden. Zwar hat auch die Nationale Arbeiterpartei nicht das notwendige Verständnis für die Rechte der nationalen Minderheiten gezeigt, jedoch können wir mit Befriedigung feststellen, daß nach dem Ausscheiden der Abgeordneten Nork und Gossow aus dieser Partei deren Führer sich bemühen, den Grundgedanken der Gleichberechtigung aller Staatsbürger in Polen ohne Unterschied der Konfession und Nationalität in den Vordergrund zu stellen.

Bei den Senatswahlen bildet jede Wojewodschaft einen eigenen Wahlbezirk. Da die Stadt Warschau gleichfalls einen Wahlbezirk bildet und Polen in 16 Wojewodschaften zerfällt, wird es im ganzen 17 Wahlbezirke für den Senat geben. In diesen Wahlbezirken werden 93 Senatoren gewählt, und zwar erhält die Wojewodschaft Pommern 3, Posen 7, Schlesien 4, Kraka 7, Lublin 9, Stanislaw 4, Farnopol 5, Wolhynien 5, Lublin 9, Kielce 9, Lodz 8, die Wojewodschaft Warschau 7, die Stadt Warschau 4, die Wojewodschaft Bialystok 4, Polesie 3, Nowogrud 3 und Wilna 4 Senatoren. Zu den 93 Senatoren, die in den einzelnen Bezirken gewählt werden, kommen noch 12 Senatoren von der Reichsliste hinzu, so daß der Senat im ganzen 111 Mitglieder zählen wird.

Der Generalwahlkommission hat den einzelnen Wahlkommissionen nachfolgendes Schreiben übersandt:

Im allgemeinen zeigten die Sejmwahlen Gewandtheit und eine gute Organisation. Dennoch reichte in einigen Bezirken infolge allzu langsamen Eintreffens der Bezirkskommissionen die Stimmzeit von 9 Uhr früh bis 9 Uhr abends nicht aus, um alle Wähler, die sich zur Wahl meldeten, abfertigen zu können. Aus der Praxis vieler Bezirkskommissionen geht hervor, daß in der zur Wahl festgesetzten Zeit 1500 und mehr Wähler mit Rechtigkeit ihre Stimmen abgeben können, falls die Kommission mit der nötigen Geschwindigkeit arbeitet. Die Arbeit einiger Bezirkskommissionen wurde dadurch verlangsamt, daß diese Kommissionen von allen Wählern ohne Ausnahme Personalausweise verlangten. Hiermit erkläre ich ausdrücklich, daß eine dergleichen Vorweisung der Personalausweise durch jeden Wähler in der Wahlordnung nicht vorgesehen ist. Im Sinne des Art. 75 der Wahlordnung, der gleichfalls für die Senatswahlen vorgeschrieben ist, darf der Vorsitzende der Wahlkommission im Einvernehmen mit der Kommission von einem Wähler die Vorlegung des Personalausweises und in solchen Fällen verlangen, wenn einer von den Vertrauensmännern oder von den Kommissionsmitgliedern die Identität des Wählers anzweifelt. Die Wahlkommissionen wollen die Vorsitzenden der Wahlkommissionen darauf aufmerksam machen und auf die Notwendigkeit der Beachtung der Gesetzesvorschriften verweisen. Falls bei den Senatswahlen die Abstimung bis 9 Uhr abends gleichfalls nicht beendet sein sollte, ist der Vorsitzende der Wahlkommission verpflichtet, vor Schließung des Wahllokals alle auf der Straße wartenden Wähler in den Wahlraum einzulassen. Sollte das Stimmlokal alle Wähler nicht fassen, so müssen diese in den angrenzenden Räumlchen, wenn nötig im Flur, auf dem Bande im Hofe, untergebracht werden. Nur Wähler, die sich nach Schließung des Wahllokals melden können zur Wahl nicht zugelassen werden. Gleichzeitig werden die Wahlkommissionen ersucht, die Allgemeinheit durch die Presse darauf aufmerksam zu machen, daß die Wahllokale im Sinne des Artikels 79 der Wahlordnung um 9 Uhr abends geschlossen werden müssen. Gleichfalls muß die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht werden, daß ihre Reklamationen gegen Nichteröffnung in die Wählerlisten am Wahltag nichts mehr nützen können und die Durchführung des Wahlgesetzes zum Nachteil der Wähler nur erschweren.

Der Innenminister teilt mit: Malschlag erhaltener Nachrichten über Unregelmäßigkeiten, die bei den Sejmwahlen in Wolhynien vorgekommen sind, hat der Innenminister im Einvernehmen mit dem Generalwahlkommission die Entsendung einer besonderen Untersuchungskommission nach Wolhynien veranlaßt.

Der „Neuen Zürcher Zeitung“ wird aus Opatow gemeldet, daß Erzbischof Teodorowicz und Fürbischof Sapieha sich an den apostolischen Stuhl unter Vermittlung des päpstlichen Nuntius gewendet haben mit der Bitte, das Verbot ihrer Kandidatur für den Senat zurückzuziehen.

Ein ungewöhnlicher Fall hat sich bei den Wahlen im Kreise Neumischel ereignet. In einem Bezirke des genannten Kreises (es soll sich um den Bezirk Szekiele Stare bei Benschin handeln, der 183 Sejmähler und 180 Senatswähler zählt) sind die durch die Post gesandten Wahlakten verschwunden. Deshalb konnten die Wahlen am Sonntag nicht stattfinden. Der Wahlkommission hat die Wahl auf den heutigen Mittwoch angesetzt.

Heute Streikbeginn in der Textilindustrie.

Gestern vormittag fand im Lokale des Textilindustrieverbandes Perikauer Straße 96, eine abermalige Konferenz zwischen den Vertretern der Industrie und den Delegierten der Arbeiter statt. Der Vorsitzende Ing. Kumpel stellte die Frage, ob die Arbeiter mit der vorgeschlagenen 25 prozentigen Lohnerhöhung einverstanden seien, worauf der Vertreter des Klassenverbandes, Herr Kaluzynski, erklärte, daß die Lohnsteigerung dem Teuerungszuwachs nicht entspräche und daß die Arbeiter, falls es auf der Konferenz zu keiner Einigung kommen sollte, die Arbeit sofort niederlegen würden. Den Ausführungen Kaluzynskis schloß sich auch der Delegierte des Vereins „Arca“ an. Der Delegierte des Verbandes der christlichen Demokraten erklärte, daß er die Forderungen bezüglich einer 70 prozentigen Lohnerhöhung weiterhin aufrecht erhalte (die anderen Verbände fordern eine 60 prozentige Lohnerhöhung) und den Vorschlag der Industriellen für unannehmbar ansehe. Als die Industriellen nach einer anderthalbstündigen Diskussion erklärten, daß sie sich mit weiteren Lohnerhöhungen nicht einverstanden erklären könnten, wiesen die Arbeiterdelegierten darauf hin, daß die Arbeiter möglicherweise schon heute die Arbeit niederlegen könnten, da sie keinen anderen Weg zur Regelung der Lohnfrage sehen. Da die Industriellen ans neue behaupteten, daß eine 25 prozentige Lohnerhöhung den Teuerungszuwachs vollständig entspreche, erklärten die Arbeiterdelegierten, daß sie eine Versammlung der Delegierten einberufen werden, deren Ergebnis den Industriellen mitgeteilt werden wird. (bip.)

Gestern hat im Lokal der Bezirkskommission der Berufsverbände eine Sitzung der Delegierten der Fabrikarbeiter stattgefunden, in der das Mitglied der Hauptverwaltung, Herr Kaluzynski über die gestrige Konferenz Bericht erstattete. Redner berichtete, daß der Vertreter der Industriellen darauf hingewiesen habe, daß die Metallarbeiter sich auf eine 25prozentige Lohnerhöhung geeinigt hätten. Außerdem sei vor dem 40 Prozent der Produktion ins Ausland gegangen, was jetzt aufgehört habe, da das Ausland mit den hiesigen Erzeugnissen bereits konkurrieren könne.

Der Berichterstatter folgte eine Aussprache, in der festgestellt wurde, daß die Fabriken in letzter Zeit die ganze Woche hindurch gearbeitet haben, die Konjunktur sei also durchaus günstig. Man müsse deshalb bei der geforderten 60prozentigen Lohnerhöhung beharren. Endlich wurde beschlossen, von heute ab, auch auf der Provinz, mit dem Streik zu beginnen. (bip.)

Feuerung. Heute, am 5. Uhr nachmittags, fand die Feuerschau des Fabrikmeisters Harn Galar Buhle mit H. Olga Kol statt. — Viel Glück dem jungen Paare!

An den Helferskreis der St. Johannes-Gemeinde! Aus wird geschrieben: Unter langjähriger treuer Mitgliedschaft Herr Johann Schumann ist gestorben. Heute, Sonnabend, 12. Uhr nachm., findet die Beerdigung vom Trauerhause bis 6 bis Widzewer Konsum statt. Um vollständige Beteiligung am Begräbnisse bitte!

Pastor J. Dietrich.

Von der evangelisch-lutherischen Synode. Zwecks weiterer Vereinfachung der beiden Kirchengesetzgebungs wurde die Synodalkommission für Mittwoch, den 15. November, nach Warschau berufen. Die Kommissionsarbeit ist für 3 Tage berechnet, so daß sicher das ganze Gesetz durchgesehen werden wird. Der Zusammenritt der Synode selbst ist für Ende Dezember oder Anfang Januar in Aussicht genommen.

Registrierung der Offiziere. Auf Grund des Sejmgesetzes vom 17. Juni 1919 über die „Registrierung der Offiziere“ sowie der Art. 107 des jetzigen Gesetzes über die allgemeine Militärdienstpflicht (Dz. Praw Kól. Pol. 1318 St. 28.) sind alle Bürger des polnischen Senates, die einen Offiziers- oder einen ihm gleichgestellten Rang bekleiden, ohne Rücksicht darauf, ob sie in fremden Armeen, polnischen Militärbildungsanstalten oder in der polnischen Armee erlangt, zur Registrierung in der Zeit vom 1. bis 31. Nov. d. J. aufgefordert worden. Angehörige der bekanntgegebenen Registrierungspflicht melde sich ein Teil der Offiziere noch sehr, was eine Verzögerung in der Fertigstellung der Dienstgradliste der Reserveoffiziere hervorruft. Am 1. Dezember 1922 wird die Registrierung in dem Lodzer Kreisbeiratskommando eingeleitet. Nach diesem Termin werden keinerlei Anmeldungen

mehr angenommen. In die Dienstgradliste der Reserveoffiziere werden nur diejenigen Reserveoffiziere eingetragen werden, die sich vor dem endgültigen Termin, dem 1. Dezember 1922, zur Registrierung melden.

Zusammentritt der beiden Kammern. Durch Rabinetsbeschluss ist die feierliche Eröffnung der beiden neuen Kammern (Sejm und Senat) auf den 28. November festgesetzt worden.

Die Hauswörter wollen streiken. Seinerzeit stellten die Hauswörter erneute Lohnerhöhungs-forderungen, die aber bisher unberücksichtigt geblieben sind. Angesichts dessen wandte sich der Berufsverband der Hauswörter am 4. November schriftlich an das Arbeitsministerium mit folgender Entschliessung: Die allgemeine Versammlung der Hauswörter stellt fest, daß die Hausbesitzer die Lohnerhöhung absichtlich nicht annehmen, um damit den Streik herbeizuführen und dem Mieter-schutzgesetz gegenüber eine Waffe zu erlangen. Durch diese Handlungsweise werden die Hauswörter zum Streik herausgefordert. Die Versammlung erklärt, daß, falls bis zum 13. November das Arbeitsministerium keine Schritte zur Regelung der Lohnangelegenheit der Hauswörter unternimmt, der Berufsverband diese zum allgemeinen Streik auffordern und sich an die Arbeiterklasse in Lodz um Unterstützung wenden wird. (bip.)

Billigeres Brot. Das Bäckergewerbe beim Regierungskommissariat hat infolge des Fallens der Getreide- und Mehlpreise den Brotpreis auf 700 M. für ein 4 Pfundiges Brot erster Gattung festgelegt. Die Nichterhaltung dieses Preises wird streng bestraft werden. (bip.)

Jahrestag. Heute, am Jahrestag des Endes der Occupation und Schaffung der polnischen Verfassung wird um 11 Uhr vormittags in der Kathedrale ein feierlicher Gottesdienst stattfinden. (bip.)

Lodzer Eitenbilder. Dem in der Fingelstraße 19 wohnhaften Corps Vio stahl ein von ihm jüngst angekaufter Kaufpreis 700 000 Mark Bargeld und flüchtete damit. — Bei dem Versuch, einen Kohlenentnahmepfad auszuführen, wurden der 14-jährige Josef Soloski und der 10-jährige Henryk Zembach, beide Odywalskistr. 1 wohnhaft, festgenommen und dem Gericht für Minor-jährige übergeben.

Feuer. In der Trocknerlei der Fabrik von Julius Wolter, Alexandrowskistr. 111, brach aus unbekannter Ursache Feuer aus. Der 1. Zug der Feuerwehr löschte den Brand, der einen Schaden von 8 Millionen Mark anrichtete. (bip.)

Unfälle. In der Fabrik Schweitzer, Wulczanskistr. 215, verletzte sich die Arbeiterin Stanislawa Kubaia bei der Arbeit an der linken Hand. — In der Panzfabr. 88 stürzte ein Gerüst ein, wobei drei Arbeiter Körperverletzungen davontrugen. Ein Arzt der Unfallversicherungs-gesellschaft erteilte den Verunglückten die erste Hilfe. — In der Fabrik von Schwarzhof, Komorowskistr. 169, verletzte sich die Arbeiterin Eugenie Swionter an der linken Hand. — In der Wollwaserbaummanufaktur erlitt der Meister Josef Kiebart bei der Arbeit Verletzungen am Kopf. (bip.)

Strassenbahn am Sonntag. Der Regierungskommissar für die Stadt Lodz gibt bekannt, daß am 12. November die Strassenbahn am Abend und nachts nach dem, zur den 5. November (Wahltag in den Sejm) festgelegten Plan verkehren wird. Danach werden folgende Tage bis 12 Uhr abends verkehren. Von 12—2 Uhr nachts wird neben dem bereits bestehenden gewöhnlichen Nachtverkehr noch auf folgenden Linien Strassenbahnverbindungen vorhanden sein: 1. Wlozow — Sluzna — Radwansta — Pansta (Bezirks-Gericht), 2. Hoher Ring — Napierkowski — Klimkiewo — Radwansta (Bezirks-Gericht), 3. Friedrichs — Pansta, 4. Helenenhof — Pansta. Auf jeder Linie werden 2 Wagen verkehren, wobei die Abfahrt jede halbe Stunde erfolgt.

Der Martinstag und seine Bräuche.

Zum 11. November.

Die zahlreichen und sehr durchweg sehr alten Bräuche, die sich an den Martinstag knüpfen, haben mit dem Festen, dem die Kirche diesen Tag weihete, dem im 4. Jahrhundert lebenden Bischof Martin von Tours, teils nur teils überliefert, teils zusammengefaßt. Die ältesten Martinbräuche, die große festlichen Mahle und die Martinsspiele, auch alle Sitten, die den Martinstag als Festtag der heiligen Feldarbeit feiern, stammen aus germanischer Vorzeit, dem ursprünglich war der Tag vermuthlich Wotan geweiht, dem man zum Winterbeginn Tieropfer darbrachte und Opferfeuer anzündete, um ihm für den Schutz zu danken, den er während des Sommers geleistet und wieg hatte abgeben lassen. Gut dankt, der dann in christlicher Zeit auf den heiligen Martin übertragen wurde, da St. Martin in vielen Gegenden an Stelle des heidnischen Gottes zum Schutzpatron des Weideviehs und der Feldfrucht erhoben wurde; früher veranstaltete man am Martinstag auch oft eigentümliche Prozessionen, die gewöhnlich von einer auf einem Schimmel darstellte. Der Martinstag war schon in den ältesten Zeiten ein wichtiger Termin in der Wirtschaft. Lange bevor man den Michaelstag, der erst nach der Einführung der Viehlung des Jahres zum Festtag bestimmt wurde, als Termin eingestrichelt hatte, war der Martinstag der Zeitpunkt, an dem die Gärten und Gärten und Weinpläne gewechselt wurden, und der Tag, an dem man alle Arten geschäftlicher Verträge abschloß. Man kann hieraus auch schließen, daß der Martinstag schon längst eine besondere Bedeutung besessen hatte.

Unter den Martinssitten ist wohl die bekannteste das Weisepfeifen der Martinssänger und das Zünden des Martinstrunkes, des ersten jungen Weins des Jahres. Das Weisepfeifen der Gans in jede falls ist darum germanischer Herkunft, denn die Gans war, da man in ihr die Verkopfung des Wackertums sah, ein Symbol der Weisheit, ein beliebtes Essen bei den Entenmästern, und als Abschluß der Ernte wie überhaupt des sommerlichen Feldlebens wurde ja das Martinsfest gefeiert.



Biała Głowska
WÓDKA
Nº 21

Szrustowa
Żądacie wszędzie!

E. FUCHS

Zahnarzt
Nawrotastraße 4 5126
aus Berlin zurückgekehrt.

Auch die Trinksitten beim Martinstrunk sind durchweg sehr alt. In früheren Jahrhunderten begleitete man den Martinstrunk oft mit allerhand Beschäftigungen, unter denen besonders das nachfolgende, in Kanonform gehaltene viel und gern gesungen wurde:

Martin, lieber Herr,
Nun laßt uns pöhllich sein
Nun zu Deiner Ehre
und um den Wein Dein.
Die Gans! sollst Du uns mehrern
und auch den kühlen Wein,
Gesotten und gebraten,
Sie müssen alle herein.

In Steinach bei Straubing macht am Martin der Dörfler die Kunde in den Häusern der Viehhüter; in jedem Haus überreicht er eine Gans aus Vorkosten, einen Wackelbrotzettel samt den Beeren und einen blaudruckten Zettel. Dabei sagt er folgenden Spruch: „Kommt der hl. Sankt Martin — mit seiner Gans (Gente) — Gott sei Dank! ist wieder das Jahr ausgehüllt — Soviet Kronenwälder (Wackelbrotzettel) — Soviet Dämon und Dämon, Soviet Groß (Sprosse Knospen) — Hat der Bauer Rinder und Hühner — Soviet Zweige — Soviet Fuder Heu — Nehmt die Gans und nehmt sie's hinter d' Tür — Jagt sie's auf's Jahr mit Frieden herfür! — Bauer und Bäuerin! Kostet euch nicht verheiß'n — Ein paar Zwanziger her zuschieß'n — Das ist nur so's Genuß — Und a weißt, Stuhl Brot gehört 'a a no dazua! — Die Zweige stellen, wie öfter, die Fruchtbarkeitsgötter, Lebensgötter dar, die reichen Ertrag im Stalle und auf den Feldern herbeibringen soll.“

St. Martin, gilt auch als Vorläufer des heiligen Nikolaus. Auf dem Lande wie in der Stadt zog er in Reih und Glied mit seinen Gefährten, der als „Weismartel“ durch die Straßen und Brücken den Kindern gute Dinge oder Ruten; besonders geschätzt waren unter diesen Gaben die Martinsäpfel, weil man aus ihren Kerngehäusen Glück und Unglück fürs kommende Jahr prophezeite. Am Abend vor dem Fest, der im Bischofsort die Wälder durchdringt, geht noch hoch in Eyrin ebenso wie in Schwaben der „Weismartel“ zur Freude und Angst der Kinderwelt aufzujagen am Martinstag seine Gaben verteilt.

Kunst und Wissen.

Das heutige Konzert von J. J. Friedmann. Und wird geschrieben: Heute, Sonnabend, um 8 Uhr abends, findet im Saale der Philharmonie das angekündigte Konzert des weltberühmten Klaviermeisters J. J. Friedmann, der in Lodz nur einmal aufzutreten wird, statt. Das Konzert Friedmanns hat in unserer musikal. Kreise das größte Interesse hervorgerufen und wird ohne Zweifel den Saal der Philharmonie bis auf den letzten Platz füllen. Karten sind in der Philharmonie zu haben.

Ausdrucksstellung. Heute, Sonnabend, um 4 Uhr nachmittags, und Sonntag, den 12. November, um 6 Uhr nachmittags, werden im Saale der Philharmonie (Dzielnia 20) 2 Vorstellungen des Operns für Kinder „Uciecha“ in Warschau unter der Leitung von Wierzyński Spozni stattfinden. Das ungewöhnliche reichhaltige Programm hervorragend pädagogischen Charakter umfasst: die fröhliche und humorvolle Komödie in 2 Akten „Polowanie na wilka“ von J. Korzajski, sowie das unterhaltende Stück „Panienki Szalskie“ von J. Przybylski. Der Vorzug der Veranstaltung wird das Auftreten des bekannten Wägenführers Benedikt Perz sein, der den Kindern eine Reihe von eigenen Anekdoten erzählen wird. Ein Kinderbauern wird verschiedene Lagen vortragen. Die Ballettina Nina Witro-Janoff-Smolitska wird mit dem Balletmeister Daniel Gaudier verschiedene Goryppische Szenen vortragen. — Karten sind in der Philharmonie zu haben.

Sport.

Die morgigen Fußballspiele. Ungeachtet der bereits eingetretenen kalten Herbstzeit wird bei uns der Fußballsport immer noch eifrig gepflegt. Am morgigen Sonntag finden folgende Fußball-Gesellschaftsspiele statt: auf dem Sportplatz in der Wodnianska: vormittags „Napio“ — „Sturm II“; nachmittags „Kiafi“ — „Wlozow“; auf dem Sportplatz in der Salomonstraße: „Union II“ — „Sport und Turnverein II“; Gatterplatz: „Union“ — „Lodzer Sport- u. Turnverein“, erste Mannschaft. Im letzten Spiel stehen sich zwei gleichwertige Mannschaften gegenüber, jedoch gilt zweifellos interessante und spannende Momente zu erwarten sind.

